



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 18.06.2009

Vor der Ausschusssitzung findet die Sitzung der Arbeitsgruppe zur  
Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2009  
um 16.30 Uhr  
ebenfalls im Raum 304 im Rathaus statt.

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 23. Juni 2009, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift
2. 09-F-06-0019

Sachstand "Stadtteiljugendbeauftragte"  
- Antrag der Linken Liste vom 24.04.2009 -  
Diskussion gemeinsam mit der AG Partizipation und evtl. weiteren Teilnehmer/innen

ANLAGE

### 3. 09-F-25-0065

Bekämpfung von Alkoholmissbrauch

- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.06.2009 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die während des diesjährigen 'Theatrium' getroffenen Maßnahmen gegen den Alkoholmissbrauch und die gemachten Erfahrungen zu berichten, insbesondere in Bezug auf

>> die Kontrolltätigkeit des Ordnungsamts

>> die Angebote des Suchthilfezentrums (Präsenz von "Peers", "Chill-Out-Zone").

Auch interessiert in diesem Zusammenhang, zu welchem Ergebnis die Verlagerung der "Club-Meile" hinter die Kolonnaden in Bezug auf Alkoholkonsum und Gewalttätigkeit aus polizeilicher Sicht führte.

### 4. 09-F-01-0056

Ausbildung der städtischen Hilfspolizisten

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss das Rekrutierungs- und Ausbildungskonzept für die städtischen Mitarbeiter im Außendienst des Amtes für Öffentliche Ordnung vorzustellen.

Dabei wird der Magistrat gebeten u.a. auf folgende Fragen zu antworten:

- Wie viele Mitarbeiter sind jeweils 2007 und 2008 im Amt für öffentliche Ordnung im Außendienst tätig, wie viele Arbeitsstunden wurden geleistet? Wie viele Überstunden waren nötig geworden?
- wie viele Arbeitsstunden wurden davon in den Vororten geleistet?
- In welche Besoldungsstufen sind die Mitarbeiter eingestuft bzw. werden Neueinstellungen eingestuft? Was bedeutet das für die Qualität der durch diese Mitarbeiter zu erbringenden Dienstleistung?
- Sind für die ausgeschriebenen Stellen genügend geeignete Bewerbungen eingegangen, so dass alle Stellen besetzt werden können?
- Wie häufig werden Kräfte aus den Vororten zur Unterstützung in die Innenstadtbereiche abgezogen?
- Welche Konzeption besteht seitens des Dezernates, um zu den problematischen Zeiten (24.00 Uhr bis 03.00 Uhr und an Wochenenden) eine ausreichende Anzahl von Ordnungskräften im Dienst zur Verfügung zu haben?

- Wie gestalten sich die Zugangsvoraussetzungen, welche zusätzliche Ausbildung erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche Unterrichtsinhalte werden dort in welcher Stundenzahl vermittelt und welche berufsbegleitenden Schulungen werden durchgeführt?

## 5. 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist mit 12 Städten verpartnert, mit Klagenfurt verbindet sie sogar die älteste Städtepartnerschaft der Welt und teilweise erstrecken sich auch Partnerschaften zwischen Stadtteilen und ausländischen Gemeinden (Stadtteilpartnerschaften). Die Ausgestaltung dieser Partnerschaften ist vielschichtig und wird von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen getragen. Die Bandbreite reicht von Schüleraustauschen, Jugendbegegnungen und Partnerschaftsvereinen bis hin zu politischen Konsultationen einschließlich mehrfacher gegenseitiger Besuche. Inzwischen ist geplant, eine weitere Partnerschaft einzugehen.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Um einen Überblick über alle städtepartnerschaftlichen Aktivitäten Wiesbadens zu erhalten, wird der Magistrat gebeten, einen umfangreichen Bericht zum Sachstand der Städte- und Stadtteilpartnerschaften zu geben. Dabei sollen u.a. folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer kümmert sich auf Wiesbadener- und auf Partnerseite um die Partnerschaft, wer trägt sie formal und ideell (Vereine, Verbände u.a.)?
- Wie viele Kontakte finden pro Jahr statt? Wie viele Besuche gab es, welche Verbindungen bestehen sonst noch?
- Welche Kosten fallen für die Partnerschaften an, welche Zuschüsse werden für welche Aktivitäten gewährt?

## 6. 09-F-01-0058

Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ocotal  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Im Jahre 2010 jährt sich die 1990 von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit dem nicaraguanischen Ocotal eingegangene Städtepartnerschaft zum 20. Mal. Dieses Jubiläum könnte ein Anlass zu einer Vertiefung der Beziehungen und zu einem Besuch in Nicaragua sein.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten das 20-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft Wiesbaden-Ocotal gebührend zu würdigen und ein Programm für mögliche Aktivitäten 2010 vorlegen.

Der Ausschuss empfiehlt, die Partnerschaft mit einem Besuch in Nicaragua zu festigen.

Bei allen Aktivitäten sollte der Verein Nueva Nicaragua, der Hauptträger der Partnerschaft mit Ocotal, in die Planungen mit einbezogen werden.

**7. 09-F-06-0028**

Wahlkampfplakatierung freiwillig einschränken  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 17.06.2009 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge rechtzeitig vor den Wahlen an die kandidierenden Parteien/Wählergruppen und ggfs. Direktkandidaten/-kandidatinnen herantreten um - analog zu anderen Kommunen wie z.B. Langen oder Limburg - eine freiwillige Selbstverpflichtung der kandidierenden Parteien/Wählergruppen und ggfs. Direktkandidaten/-kandidatinnen zu erreichen, die Plakatierung auf dafür ausgewiesene Großflächen zu beschränken.

Die Parteien und Wählergruppen werden gebeten entsprechende Erklärungen abzugeben.

Der Magistrat wird gebeten ein Konzept zu möglichen Standorten von Plakatierungsflächen zu erarbeiten.

**8. 09-F-06-0029**

Rufnummer "115" in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 16.06.2009 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Landeshauptstadt Wiesbaden - wie in anderen Städten - mit der Rufnummer 115 der Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

**9. 08-F-25-0149**

Ausbau des Breitbandkabelnetz  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2008 -

**ANLAGE**

**10. 09-F-01-0041**

Amtliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.04.2009 -

**ANLAGE**

**11. 09-A-21-0002**

Ludwig-Beck-Preis  
HIER: mündlicher Sachstandsbericht

**ANLAGE**

**12. 07-F-25-0071**

„Willkommenspaket“ für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom  
12.06.2007 -  
HIER: mündlicher Sachstandsbericht

**ANLAGE**

**13. Bericht der Dezernentin**

**14. VERSCHIEDENES**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender